

**Rede zur Verabschiedung des Etats
der Stadt Ratingen**

Susanne Stocks
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

25. März 2010

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus Rat und Verwaltung!

Es hat - glaube ich - keine Rede zur Etatverabschiedung von mir gegeben, in der ich nicht auf die Situation der Kinderbetreuung in unserer Stadt eingegangen wäre.

Wenn ich dies nicht täte, wären Sie vermutlich enttäuscht. Und enttäuschen möchte ich Sie natürlich nicht...

Aber heute werde ich nicht nur in einem Teil auf dieses Thema eingehen, sondern mein Beitrag wird sich ausschließlich damit befassen.

In der Hoffnung, sie davon zu überzeugen, dass wir bei den Ermäßigungsregelungen in Kindertagesstätten in die völlig falsche Richtung steuern.

Grund dafür ist, dass ich mir noch mal diese Ermäßigungsregelung vorgenommen habe und dabei ging mir die Frage durch den Kopf:

Was wollen wir eigentlich mit der Ermäßigung erreichen?

Denn wirkungslos wollen wir die Mittel ja nicht verteilen, da sind wir uns sicher einig.

Mit der Ermäßigung soll Familien geholfen werden, über eine finanzielle Entlastung, die eher symbolischen Charakter hat. Und zwar allen Familien. Das ist ein ehrenwertes Anliegen - ohne Zweifel. Aber ist das unsere kommunale Aufgabe in Zeiten immer knapper werdenden finanziellen Mittel?

Ist es nicht richtiger, unmittelbar in die Kinder zu investieren?

In ihre Zukunft?

Für gleiche Chancen für alle Kinder von Anfang?

Wir denken ja!

Und wie läßt sich das am wirkungsvollsten gestalten?

„In den ersten Lebensjahren wird das Fundament für die gesamte Lebens- und Lernzeit eines Menschen gelegt. Kinder müssen so früh wie möglich in ihrer Entwicklung gefördert werden, weil jedes Kind ein individuelles Recht auf Bildung hat und die Gesellschaft alle Talente nutzen muss. Wir wollen und müssen jedes Kind mitnehmen. Jedes Kind muss ab Geburt so gefördert werden, dass es seine Persönlichkeit und Fähigkeiten optimal entfalten kann.“

Diese klugen Wort stammen nicht von mir, sondern aus der Studie der Bertelsmann-Stiftung „Kinder früher Fördern“ über Bildungsgerechtigkeit.

Und sie zeigen deutlich auf, wo wir ansetzen müssen, wenn der Begriff der Nachhaltigkeit nicht nur eine Worthülse sein soll.

Nämlich beim konsequenten Ausbau der U3 Betreuung. Und zwar in Kindertagesstätten.

Die Chancen, die darin für unsere Kinder, für unsere Stadt, für unsere Gesellschaft liegen, müssen wir endlich erkennen. Stattdessen reißen wir in dieser Beziehung seit Jahrzehnten nur unser Pflichtprogramm ab. Und das nicht mal besonders gut. Wir müssen uns hier erheblich ehrgeizigere Ziele setzen!

In Hösel-Eggerscheidt z.B. gab es schon 2004 ein Anteil an Doppelverdienern von 69,7 %.Glauben Sie, da reichen 35 % Plätze für U3, wenn in zwei Jahren der Rechtsanspruch gilt?

„Der Besuch einer Kinderkrippe für Kinder unter drei Jahren hat einen deutlichen Einfluss auf die Bildungsbiographie, wie eine weitere Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung belegt.

Diese Studie trägt den Titel „Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland“ und wurde erstellt erstellt vom Schweizer Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien“ (BASS)

Die Wahrscheinlichkeit ein Gymnasium zu besuchen, erhöht sich demnach erheblich, wenn Kinder in eine Kinderkrippe gegangen sind. Besonders stark ist der Effekt für benachteiligte Kinder.

Die Ergebnisse der Studie zeigt, dass frühe Bildungsangebote gerade - aber nicht nur - für sozial benachteiligte Kinder enorme Chancen im Bildungssystem eröffnen . Durch den Besuch einer Kinderkrippe erhöht sich demnach die Wahrscheinlichkeit, das Gymnasium zu besuchen, um insgesamt fast 40 %, bei Kindern aus Zuwandererfamilien um 55 % Prozent. Am stärksten profitieren Kinder, deren Eltern einen Hauptschulabschluss haben: Ihre Chance, ein Gymnasium zu besuchen, verdoppelt sich annähernd, wenn sie in ihren ersten Lebensjahren eine Krippe besucht haben. Und auch bei Kindern, deren Eltern einen gymnasialen Abschluss haben steigt die Chance auf den Besuch des Gynasiums um rund 25 %.

Und alle Eltern wünschen sich für ihre Kindern mindestens den gleichen sozialen Status, den sie sich selbst erarbeitet haben. Nur ist der heute nicht mehr mit dem gleichen Schulabschluss wie früher zu erreichen.

Wenn wir also unsere immer knapperen Mittel sinnvoll einsetzen wollen, dann ist es der falsche Weg, Geld mit der Gießkanne zu verteilen, wie das bei den jetzigen Beschlüssen zu den Elternbeiträgen der Fall ist. Denn durch diese Reduzierung wird kein einziges Kind zusätzlich in eine Kita gehen.

Die jetzigen Beschlüsse steuern sogar noch in eine entgegengesetzte Richtung: Denn sie nehmen die U3-Kinder ausdrücklich aus. Weil „befürchtet“ wird, dass dann der Run auf die nicht ausreichend vorhandenen U3-Plätze einsetzt.

Wenn wir wirklich nachhaltig in unsere Zukunft investieren wollen, dann müssen wir umsteuern, dann müssen wir auf die bis jetzt beschlossenen Ermäßigungen ganz verzichten und die Mittel, die wir dafür einsetzen wollten, zweckgebunden für den Ausbau der U3-Betreuung vorsehen und die Beiträge für die U3-Betreuung so gestalten, dass möglichst viele Kinder in den Genuss der frühen Förderung kommen!

Durch den Krippenbesuch eines Kindes werden volkswirtschaftliche Nutzeneffekte ausgelöst, die rund dreimal so hoch wie die durch den Krippenbesuch entstandenen Kosten sind.

Für die Finanzfetischisten unter uns: Dies entspricht einer langfristigen Verzinsung der Investitionen in Form von Krippenkosten von jährlich 7,3 %!

Eine durchaus empfehlenswerte Investition, die wir uns eigentlich nicht entgehen lassen dürfen.

Ich fasse zusammen:

Lassen Sie uns die Ermäßigungen der Elternbeiträge noch einmal generell überdenken!

Machen wir das System gerechter. Durch die neue Einkommens-Staffelung. Ermäßigen wir nur bei denen, die wenig haben und zwar für alle Betreuungszeiten, damit nicht der Effekt eintritt, nur die ermäßigte Betreuungszeit zu wählen.

Schaffen wir Anreize für den möglichst frühen Besuch einer Kita in dem wir die U3-Beiträge perspektivisch generell absenken und auch hier sofort entlasten, wo das Einkommen gering ist.

Denn:

Es gibt nichts Ungerechteres als die Gleichbehandlung von Ungleichen

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!